



Dresdner Haushalt mit Rot-Grün-Roter Handschrift

Linke Erfolgsprojekte wie das Dresdner Sozialticket, die Sicherung der Jugendhilfeförderung, die Mehrjahresförderung kultureller Projekte und die finanzielle Handlungssicherheit der im kommenden März 2017 zu gründenden kommunalen Wohnungsgesellschaft werden mit dem Doppelhaushalt 2017/18 weitergeführt

von Thomas Feske

Die intensiven Kooperationsverhandlungen zum städtischen Haushalt 2017/18 der Verwaltung sind pünktlich abgeschlossen worden. Einer Entscheidung über den Haushalt in der Stadtratssitzung am 24. November 2016 stand somit nichts entgegen, Dresden bleibt damit handlungsfähig.

Zwar enthielt die Vorlage von Oberbürgermeister Hilbert durchaus akzeptable Ansätze, jedoch mussten die Partner von LINKEN, Grünen und SPD korrigierend eingreifen, wo der Oberbürgermeister für Dresden wichtige Festlegungen von Rot-Grün-Rot aus dem letzten Doppelhaushalt revidieren wollte.

Die Partner haben auch darüber hinaus klare Akzente gesetzt: die Stärkung der sozialen Infrastruktur, der öffentlichen Daseinsvorsorge, deutliche umwelt- und klimapolitische Schwerpunkte, Sportförderung, mehr Partizipationsmöglichkeiten für die Dresdnerinnen und Dresdner.

Die Kooperation einigte sich auf eine seriöse Finanzierung dieser Vorhaben. Im Rahmen gemeinsamer Deckungsvorschläge werden brachliegende Steuermittel aktiviert und auf dringende Investitionsbedarfe gelenkt.

Es wird weder Steuererhöhungen noch eine Kreditaufnahme geben – zugleich werden im nächsten Doppelhaushalt ambitionierte Projekte umgesetzt, unter anderem: Sicherung des Sozialtickets, Einrichtung eines Fonds für soziale Projekte, Sicherung der Jugendhilfeförderung und darüber hinaus zusätzliche Präventionsmittel, deutliche Investitionen für Fußwege, Radfahrer und Verkehrssicherheit und die Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der neuen, kommunalen Wohnungsgesellschaft, die sozialen Wohnraum schaffen soll.



Foto: Henry Keßler / pixelio.de

Dazu erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, André Schollbach:

„Wir setzen klare Akzente in den Bereichen Soziales, Kultur und Umwelt. Die Handschrift von Rot-Grün-Rot ist deutlich erkennbar. So wird etwa Eigenkapital für die städtische Wohnungsbau-gesellschaft bereitgestellt, das Sozialticket für Bus und Bahn gesichert, sowie ein millionenschweres Sozialpaket geschnürt. Und dies alles ohne Schulden zu machen und Steuern zu erhöhen.“

Die Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Christiane Filius-Jehne und Thomas Löser unterstreichen:

„Die Haushaltsverhandlungen der Kooperation haben in einem ausgesprochen konstruktiven Rahmen stattgefunden.“

Die von uns vorgenommenen Änderungen am Haushaltsentwurf haben sich daran orientiert, was den Menschen in dieser Stadt wichtig ist.“

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Christian Avenarius abschließend:

„Die Kooperation ist bei den Verhandlungen zu einem Ergebnis gekommen, mit dem sie Gestaltungswillen und Verantwortungsbewusstsein zeigt. Im von uns veränderten Entwurf sind deutliche politische Akzente aller Partner zu erkennen. Gleichzeitig haben wir alle Augenmaß gewahrt.“

Zukunft in Plauen mitgestalten

Wie wird die Südvorstadt in Dresden in den nächsten 30 Jahren aussehen? Der Plauer LINKE-Ortsbeirat Gerold Wagner beschreibt die Diskussion und Meinungsfindung zur Stadtplanung der Südvorstadt anhand des Rahmenplanes „Bildung und Stadt im Dialog“

von Gerold Wagner

Der Stadtrat hat mit seinem Beschluss vom 31.05.2011 die städtebauliche Rahmenplanung für die Südvorstadt auf den Weg gebracht, weil die TU Dresden sich am Bewerbungsverfahren für den Exzellenzstatus beteiligte. Mit den ersten Ergebnissen der Rahmenplanung bis zum 30.11.2011 wollte der Stadtrat den Vollartrag der TU Dresden zur Exzellenzinitiative unterstützen.

Bekanntlich hat die TU Dresden den Exzellenzstatus erreicht, der mit spürbaren Zuweisungen von Mitteln für den Ausbau von Wissenschaft und Forschung verbunden ist. Demzufolge bestand der Anlass der Rahmenplanung fort, die von Anfang an darauf gerichtet war, für Erweiterungsbauten der TU nicht einfach grüne Flächen in der freien Landschaft anzubieten, sondern Flächenreserven in der Südvorstadt zu einer ausgewogenen Verdichtung und Erweiterung des Campusgeländes zu nutzen.

Wesentliche Aspekte für die Rahmenplanung sind weiterhin campusnahe Standorte für neue Wohnungen, die Entwicklung von Handel und Freizeiteinrichtungen sowie des Verkehrs. Beim Verkehr stehen der ÖPNV, der Radverkehr und die Fußläufigkeit im Vordergrund. Kurzum all das, was für eine zukunftsfähige Stadt wichtig ist, soll sich im Rahmenplan niederschlagen.

Nach meinem Erachten sind folgende Ereignisse aus der fünfjährigen Planungsarbeit erwähnenswert:

- Beauftragung der Albert Speer und Partner GmbH (AS&P) mit der Erarbeitung des Rahmenplanes Nr. 791
- Während der Planungsarbeit Einbeziehung der Öffentlichkeit durch Bürgerversammlungen, Workshops und anderweitige Gesprächsrunden.
- Im Februar 2015 legte AS&P den Rahmenplan Nr. 791 vor.
- Im Mai 2015 veröffentlichte das Stadtplanungsamt den Rahmenplan im Internet und richtete ein Portal ein, über das bis Mitte Juni 2015 die Bürger ihre Meinungen, Einwendungen und Vorschläge einbringen konnten.
- Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (TÖB) wurden einbezogen.
- Das Stadtplanungsamt wertete alle Stellungnahmen der Bürger und der TÖB gründlich aus und fasste diese Auswertung in einer Anlage zum Rahmenplan Nr. 791 zusammen.
- Im Mai 2016 legte das Stadtplanungsamt den überarbeiteten Rahmenplan und die Anlage 1 dem Stadtrat und seinen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Am 8.11.2016 stand der Rahmenplan Nr. 791 im Ortsbeirat Plauen auf der Tagesordnung. Der Ortsbeirat Plauen ist der einzige Ortsbeirat in der Beratungsfolge des Rahmenplanes. Es ist nicht nur meine Meinung, dass die Vorgehensweise des Stadtplanungsamtes



Blick auf den Volkspark Zschernitz

Foto: Max Kretzschmar

zur Einbeziehung der Bürger und der TÖB in die Rahmenplanung und die detaillierte Behandlung der Stellungnahmen und Einwendungen sehr große Achtung verdienen. Allerdings enthält die Zusammenfassung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit weiterführende Schlussfolgerungen und Wertungen, die kurzfristige und partikuläre Interessen bedienen und den Zielen des Rahmenplanes nicht entsprechen.

Darüber erreichten wir in einer Vorberatung, die wir am 2.11.2016 durchführten, sehr schnell Einigkeit. „Wir“ steht hier für die Mitglieder des Ortsbeirates, die von den Grünen, der SPD und der Linken gestellt werden. Hinzu kommen noch der Vertreter der Piraten und der Vertreter der Freien Bürger. Über das weitere Vorgehen jedoch konnten wir uns in dieser Vorberatung keine solide Meinung bilden.

Nach der Vorberatung nahm ich mir die Zeit, den Bericht zum Rahmenplan gründlich durchzuarbeiten. Dabei stellte ich fest, dass es darin mehrere unkonkrete und bedeutungsschwache Aussagen gibt, die bezogen auf die Entwicklung zu einer zukunftsfähigen Stadt präzisiert werden sollten. Mehrere Telefongespräche trugen ebenfalls dazu bei, dass ich die klare Erkenntnis gewann: Wir sollten in der Sitzung des Ortsbeirates die Vertagung der Billigung des Rahmenplanes Nr. 791 beantragen, um in der gewonnenen Zeit den Rahmenplan und besonders die Anlage 1 zu überarbeiten. Meine „Erkenntnis“ sandte ich per Mail an alle Teilnehmer der Vorberatung. Wir LINKEN standen zu diesem Antrag, den ich dann mit folgendem Wortlaut in der Sitzung des Ortsbeirates am 8.11.2016 einbrachte:

„Der Ortsbeirat Plauen beschließt die Vertagung der Beschlussfassung zum Rahmenplan Nr. 791, Südvorstadt Dresden: Bildung und Stadt im Dialog. In der Zeit bis zur Beschlussfassung

finden zwei bis drei Workshops statt, in denen es möglich sein wird, die Anlage 1 und auch den Rahmenplan zu ändern, um die soliden Grundaussagen für eine langfristige bürgerfreundliche und umweltschonende Stadtentwicklung zu verbessern, die Dresden als Wissenschaftsstandort stärkt.“

Er bekam nur 4 JA Stimmen und wurde mit 14 NEIN Stimmen abgelehnt. Den übrigen Teilnehmern an unserer Vorberatung genügte die Zusicherung der mit der Rahmenplanung befassten Abteilungsleiterin im Stadtplanungsamt, dass bei der zukünftigen Arbeit mit dem gebilligten Rahmenplan Nr. 791 die weitergehenden Einwände nicht mehr in Erscheinung treten. Sie verzichteten somit darauf, die vorgelegte Fassung des Rahmenplanes und der Anlage mit den Stellungnahmen zu überarbeiten.

Mein Fazit: Der OBR Plauen hat mit der Zustimmung zum Rahmenplan Nr. 791 die Möglichkeit verschenkt, weiterführende Diskussionen über den Rahmenplan anzustoßen und ihn in diesen Diskussionen als eine langfristige Leitlinie für die Stadtplanung im Dresdner Süden zu schärfen, die alle Seiten der Stadtentwicklung ausgewogen berücksichtigt. Auch wenn sie kein unmittelbares Baurecht liefert, ist diese Leitlinie bedeutsam, um Dresden zur zukunftsfähigen Stadt zu entwickeln.

Der Rahmenplan bleibt in seiner derzeitigen Fassung an vielen Stellen sehr allgemein. Andererseits vergibt er Möglichkeiten der Campuserweiterung und weicht dafür auf die grüne Wiese aus. So soll in 4 zeitlich gestaffelten Clustern der Campus bei Bedarf östlich der SLUB und südlich des Zelleschen Weges erweitert werden. Wenn das Cluster 4 gebaut wird, dann verschwindet die Wiese unterhalb des Volksparkes Räcknitz und in östlicher Verlängerung der Zeunerstraße vollständig.

Die TU Dresden braucht wie ein großer Eisenbahnknoten ein repräsentatives Empfangsgebäude! (Oder kann man sich den Leipziger Eisenbahnknoten ohne das Hauptbahnhof Gebäude vorstellen?) Dafür schien mir bisher das Gelände am Nürnberger Platz zwischen Hettnerstraße und Münchner Straße (gegenüber vom Potthoffbau) besonders geeignet. Von dort aus sind viele Einrichtungen im Campusgebiet durch kurze und direkte Fußwege erreichbar.

Der Rahmenplan Nr. 791 sieht dort Wohnbebauung vor. Favorisiert wird für das Empfangsgebäude bzw. für einen ganzen Komplex von universitären und verwandten Einrichtungen die Dreiecksfläche zwischen Nürnberger Platz, Fritz Löffler Platz und Fritz Foerster Platz. Ohne Zweifel ist das städtebaulich imposanter. Aber alle Personen, die von dort aus ins Campusgelände wollen, müssen die „Verkehrs-Hauptader“ Nürnberger Straße queren.

Wahrscheinlich wird das diesbezügliche Bebauen der Dreiecksfläche vergleichbar mit dem Bohren sehr dicker Bretter. Mir schwant, dass dann eine Lösung kommen könnte, die der Bebauungsplan Nr. 791 auch zulässt. Sie kostet ein Stück Landkultur und eine Möglichkeit lokaler Kaltluftzufuhr (die beileibe nicht für das Stadtgebiet relevant ist), aber mit ihr ließen sich gewisse etliche finanzielle Mittel sparen.

Das Empfangsgebäude entsteht auf der grünen Wiese in Verbindung mit einem Parkhaus an der Bergstraße/ Ecke Nöthnitzer Straße. Autogerecht, versteht sich. Die Besucher der TU Dresden, die ja vielleicht doch überwiegend mit dem Auto anreisen, haben es nur einen Katzensprung von der A17-Ausfahrt bis dorthin. Das sind doch Erkenntnisse, die sich in Aussichten verwandeln!

Gerold Wagner ist Ortsbeirat in Plauen

Im Dialog mit den Akteuren

Seit dem 18. Mai 2016 ist sie im Amt: Die Leipziger LINKE-Kulturbürgermeisterin Dr. Skadi Jennicke.

Liebe Skadi Jennicke, erst einmal herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl!. Du bist nun schon einige Monate im Amt, wie ist die Umstellung des Wechsels der Seiten – von der Stadträtin nun zur Kulturbürgermeisterin?

Es ist ein Rollenwechsel – das ist völlig unstrittig. Ich konnte mich aber gut auf die Aufgabe vorbereiten, denn der Bewerbungsprozess erstreckte sich ja über mehrere Monate. Da gab es einige Momente, in denen ich sehr tief in mich hineingehört habe, ob ich das wirklich will. Die Antwort war jedes Mal: Ja! Die Gestaltungsmöglichkeiten sind in dieser neuen Funktion deutlich größer als die einer Stadträtin, aber auch die Verantwortung und zugegebenermaßen auch die Arbeitsfülle. Unter vierzehn Arbeitsstunden ist kaum ein Tag und auch am Wochenende gibt es viele Anlässe, die meine Präsenz erfordern. Aber auch das habe ich letztlich selbst gewählt und es macht mir Freude.

Interessanter sind die Reaktionen der „Umwelt“. Durch das Amt bin ich ja kein anderer Mensch, manche scheinen das aber zu glauben. Es ist deutlich schwieriger, zwischen tatsächlicher Anerkennung und Lobhudelei zu unterscheiden. Auch wenn ich immer sage, dass ich für Kritik empfänglich bin, gibt es noch zu wenige Leute, die Auge in Auge davon Gebrauch machen. Aber ich habe ein gutes Bauchgefühl und hoffentlich genug Menschenkenntnis, um das eine vom anderen zu unterscheiden. Witzige Déjà Vus habe ich in der Ratsversammlung. Ich ertappe mich öfter dabei, dass mir bei Abstimmungen die Hand zuckt – aber jetzt darf ich ja bei Ratsentscheidungen nicht mehr mitstimmen.

Welche Aufgaben standen als erstes auf Deiner Agenda im neuen Amt?

Zunächst habe ich mir einen Überblick über die Aufgaben der MitarbeiterInnen im Dezernat Kultur und in seinen Ämtern verschafft. Da das Aufgabenfeld breit ist, ist dieser Prozess noch nicht vollends abgeschlossen. Ich war in allen großen Kultureinrichtungen wie Oper, Gewandhaus usw. und habe mich den MitarbeiterInnen vorgestellt und ihnen das Gespräch angeboten. Das hatte zu meiner Überraschung keiner meiner beiden Vorgänger gemacht.

Im August bin ich in eine erste Klausur mit den AmtsleiterInnen gegangen, um die strategischen Linien des Dezernates zu entwickeln. Diese müssen jetzt Stück für Stück in konkrete Vorhaben übersetzt werden.

Ein dritter Schritt war das Signal nach außen: Die Kulturbürgermeisterin sucht den Dialog mit den Akteuren. Dazu habe ich ein neues Veranstaltungsformat initiiert: „Impuls Kulturpolitik“. Zwei Veranstaltungen fanden bereits statt, eine zum Dialog zwischen Freier Szene und großen Häusern, eine zweite



Foto: Stadt Leipzig

Dr. Skadi Jennicke wurde 1977 in Leipzig geboren und absolvierte ihr Diplom-Studium der Dramaturgie an der Hochschule für Musik und Theater in Leipzig. Dramaturgie-Assistenzen führten sie an Theater wie das Schauspiel Chemnitz, das Theater in der Fabrik (TIF) Dresden und das Staatsschauspiel Hamburg. Seit dem Jahr 2000 arbeitete Skadi Jennicke als Dramaturgin am neuen theater Halle, dem Theater am Turm in Frankfurt a.M., dem Schauspiel Leipzig und dem Theater Altenburg-Gera. Ein Jahr zuvor begann sie mit ihrer Tätigkeit als Lektorin für DeutschlandRadio Kultur. Seit 2003 ist sie Lehrbeauftragte des Schauspielinstituts „Hans Otto“ in Leipzig (HMT) und schloss im Jahr 2009 ihre Promotion mit dem Forschungsthema „Theater im Umbruch. Der Systemumbruch im ostdeutschen Theater nach 1990“ ab. Im gleichen Jahr wurde sie in den Leipziger Stadtrat gewählt und arbeitete als Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN, zur Kommunalwahl 2014 erfolgte ihre Wiederwahl als Stadträtin. Skadi Jennicke ist verheiratet und Mutter von drei Kindern.

zu interkultureller Kulturarbeit. Das war jeweils ein Auftakt, dem jetzt Maßnahmen folgen müssen. Daran arbeiten wir.

Du nimmst Impulse auf, dass auch Institutionen sich interkulturell entwickeln bzw. ändern müssen. Worin liegen Deine Vorstellungen einer interkulturellen Gesellschaft, die sich ebenso in der Verwaltung spiegelt?

Bei der erwähnten Veranstaltung „Impuls Kulturpolitik – interkulturelle Zugänge“ hielt Mark Terkessides einen Vortrag, der einige im Saal heftig provozierte. Diese Art von Denkanstößen ist aber ungeheuer wichtig. Wir können nicht erwarten, dass sich interkulturelle Kompetenz allein dadurch ergibt, dass wir offen für neue Erfahrungen sind. Das ist eine notwendige, aber lange nicht hinreichende Bedingung. Wir müssen bereit sein, unsere kulturellen Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen – was nicht heißt, sie im gleichen Atemzug über Bord zu werfen – ja zunächst erst einmal kenntlich zu machen. Im zweiten Schritt müssen wir lernen. In-

terkulturelle Kompetenz braucht Methoden. Aktuell finden wir diese durch trial and error. Das muss auch systematisch gehen! Und wenn wir wirklich wollen, dass Menschen aus anderen Kulturkreisen unsere Kultureinrichtungen besuchen, müssen wir sie an der Gestaltung der dortigen Programme beteiligen. Das bedeutet strukturelle Veränderungen bis hin zur Leitungsebene. Alles andere bleiben Lippenbekenntnisse.

Die hinlänglichen Selbstverständlichkeiten müssen kritisch hinterfragt werden. Das ist ein Prozess, der Zeit braucht. Die werden wir uns in Leipzig nehmen, aber wir müssen anfangen!

Leipzig ist ja wie Dresden eine Stadt der Hochkultur – welche Herausforderungen stellen sich diesbezüglich der Kulturbürgermeisterin?

Es gibt einen großen Unterschied zu Dresden: die großen Häuser (Semperoper, Staatsschauspiel, SKD u.a.) werden in der Landeshauptstadt nahezu ausschließlich vom Freistaat direkt finanziert. Wir finanzieren unsere vier Thea-

ter und Konzerthäuser kommunal. Zum Ausgleich erhalten wir ein Drittel der Kulturraummittel. Das ist aber deutlich weniger als die Summe der Ausgaben des Freistaates für Dresdner Einrichtungen. Aber zum Kern der Frage: Mein Ziel ist es, den Dialog zwischen den großen Häusern und den Akteuren der Freien Szene in Gang zu bringen. Es gibt viele Erwartungen, zuweilen auch wechselseitige Projektionen und Vorurteile.

In der Veranstaltung „Impuls Kulturpolitik“ haben wir die Akteure beider „Systeme“ zusammengebracht. Dabei war mir wichtig, zu betonen, dass der Unterschied nicht (allein) im Finanzierungsvolumen liegt, sondern eben ein systemischer ist: Auf der einen Seite die ensemblebasierten, repertoireorientierten Häuser auf der anderen Seite die produktionsbezogen arbeitenden Häuser. Matthias von Hartz hat das mal zusammengefasst: „Die einen bekommen erst ihr Geld und entwickeln dann ihr Programm, bei den anderen ist es umgekehrt“.

Diesen Unterschied anerkennend, gilt es dennoch, Kooperation möglich zu machen, auch wechselseitig mehr von der Eigengesetzlichkeit der Produktionsformen zu erfahren. Dieser Dialog ist in Leipzig jetzt angestoßen und muss in konkrete Maßnahmen münden. Daran arbeiten wir.

Du hast vor kurzem zwei soziokulturelle Zentren in Leipzig zur Daseinsvorsorge zugehörig erklärt. Gibt es eigentlich so etwas wie einen linken Kulturbegriff, der sich deutlich von konservativer Kulturpolitik unterscheidet?

Alle soziokulturellen Zentren sind Daseinsvorsorge. Das ist stadtteilbezogene Basisarbeit mit Strukturen an die viele lose Gruppierungen und Bündnisse anknüpfen können. Ich halte das für unverzichtbar. Selbstverständlich gibt es in der Theorie einen linken Kulturbegriff. Die Frage nach der Praxis ist schon schwieriger. Unverzichtbar ist für mich die Freiheit der künstlerischen Praxis. Politik schafft die Rahmenbedingungen, in denen sich entfalten kann, was nicht vorhersehbar ist. Dieses Überraschungsmoment muss man schützen. Das impliziert auch das Bekenntnis zur Vielfalt und Verschiedenheit der kulturellen Angebote. Und ich würde mich auch immer gehalten sehen, Tradition nicht als etwas Sakrosanktes zu betrachten, sondern damit sie sinnfällig wird, muss sie gegenwärtig und mit dem Blick auf morgen gefüllt werden. Dann kann sie Impulsgeber sein.

Und nicht zuletzt bin ich der Meinung – um es einmal zuzuspitzen – dass auch Menschen mit sehr wenig Geld die Möglichkeit haben, eine Wagner-Oper zu besuchen.

Interview: Max Kretzschmar

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

Der Haushaltsplan der Stadt ist eine ganz wichtige Angelegenheit. Alle zwei Jahre wird ein Riesenbohei veranstaltet. Irgendwann im Herbst legt der Finanzbürgermeister einen Entwurf vor und dann setzt das große Bangen, Biten, Briefeschreiben, Diskutieren, Demonstrieren und Drohen bei allen jenen ein, die für ihr Tun in den nächsten zwei Jahren auf städtische Gelder zwingend angewiesen sind, egal ob es nun Vereine der Sozialarbeit, Schüler und Eltern öffentlicher Schulen, städtische Kultureinrichtungen, die Beschäftigten der städtischen Ämter oder auch einzelne Bürgerinnen und Bürger sind.

Die Aufgabe des Stadtrates war es, in den folgenden Wochen, alles zu prüfen, zu sichten und zu bewerten und den Plan dann so zu verändern, dass die Mehrheit der Stadträtinnen und Stadträte mit dem Ergebnis ruhigen Gewissens vor die Wählerschaft treten kann und das Wohl der Stadt gewahrt bleibt. Das Ende dieses Prozesses ist schließlich der Haushaltsbeschluss im Stadtrat, das Hochamt der Kommunalpolitik schlechthin.

Doch halt! In Dresden gibt es natürlich etwas noch viel wichtigeres als dieses schnöde Geldverteilen – richtig: die Eröffnung des Striezelmarktes mit Stollenanschnitt und Glühwein. Da darf selbstverständlich der Oberbürgermeister nicht fehlen, Haushaltsplan und der Stadtrat können solange warten. Offenbar war der Stollen diesmal sehr hart, denn der Oberbürgermeister wurde länger aufgehalten.

Der Stadtrat arbeitet unter Leitung des OB-Stellvertreters einstweilen schon mal das „Sonstige“ ab. Aber nur drei Stunden später traf der erste Bürger der Stadt beschwingt im Rathaus ein, um den ungeduldig wartenden Stadtrat noch mit drei Änderungsanträgen zu überraschen. Mit den „Jingle Bells“ vom Striezelmarkt im Ohr wollte er für die Philharmonie und Musikfestspiele noch ein bisschen Geld lockermachen. Leider fiel ihm auf dem Weg vom Altmarkt bis zum Dr.-Külz-Ring auf die Schnelle als Gegenfinanzierung nichts Besseres ein als die Kürzung bei den Jugendangeboten. Aber der Stadtrat war dafür noch zu nüchtern und hielt am Ergebnis der Ausschussberatungen fest.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Bilanz zum Sozialticket

Mobilität für alle – läuft

von Pia Barkow

Zum 1. November 2015 wurde der LINKE Antrag zur Verbesserung des Dresdner Sozialtickets von der Rot-Grün-Rot-Orangenen Stadtratsmehrheit umgesetzt. Seitdem gelten in Dresden für Menschen mit geringem Einkommen, also InhaberInnen eines Dresden-Passes, die deutlich verbesserten Konditionen des Sozialtickets. Mit 24,50 Euro ist es die günstigste Monatskarte einer deutschen Großstadt. Ebenfalls vergünstigt gibt es 4er-Karten für Einzelstrecken sowie die einzelne Monatskarte, die nicht im Jahresabo gekauft wird.

Seit Jahren schon hat sich DIE LINKE in Dresden dafür eingesetzt, dass die Fahrpreise für alle erschwinglich sein müssen. Mit der nun seit einem Jahr geltenden Verbesserung des Sozialtickets ist dieser Forderung in weiten Teilen Rechnung getragen.

Die Nachfrage zeigt: der Beschluss erfüllt seinen Zweck, immer mehr Menschen nutzen die Abo-Monatskarte des Sozialtickets. Gab es im Oktober 2015 noch reichlich 5.500 AbonentInnen, stieg die Zahl kontinuierlich auf knapp 9.000 im Sommer 2016. Bis Ende des Jahres wird mit 11.000 NutzerInnen gerechnet.

Die Steigerung der Nachfrage bedeutet auch eine Steigerung der Kosten für den kommunalen Haushalt. Denn die Zuschüsse zu den vergünstigten Preisen werden jeweils zur Hälfte durch die Dresdner Verkehrsbetriebe und die Landeshauptstadt finanziert.

In erster Linie zeigt die steigende Nachfrage aber vor allem eines: es gibt den Bedarf. Und als Kommune haben wir die Aufgabe, Menschen



Foto: Carsten Jünger / pixelio.de

mit geringen finanziellen Mitteln die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Hierbei ist gerade die Mobilität ein zentraler Faktor.

Es spielen hier verschiedene Entwicklungen eine Rolle. Durch steigende Mieten in den zentralen Innenstadtvierteln geschieht eine schleichende Verdrängung von Personen, die sich teure Mieten nicht leisten können. Viertel, in denen die Wohnkosten weniger stark steigen, liegen in der Regel am Stadtrand. Wenn nun Personen mit geringen finanziellen Mitteln an den Stadtrand ziehen, heißt das natürlich auch, dass die Wege in die Innenstadt immer länger werden, etwa zum Einkaufen, zu kulturellen Veranstaltungen, zur Arbeit, zur Schule oder

zur Freizeitgestaltung. Wenn nun durch hohe Mobilitätskosten solche Wege nicht mehr oder nur selten möglich sind, bedeutet das nicht nur die Verdrängung vom innerstädtischen Wohnungsmarkt, sondern aus der Innenstadt überhaupt. Und ohne die Möglichkeit, in der Stadt von A nach B zu kommen, bzw. wenn jeder Weg eine gründliche Abwägung, ob das leistbar ist, erfordert, erschwert die gesellschaftliche Teilhabe ungemein.

Dieses extreme Ausmaß, wie es etwa in Frankfurt am Main oder Hamburg zu beobachten ist, kennen wir in Dresden zwar nicht, aber dennoch zeigt es, dass Mobilität neben dem Wohnungsmarkt eine ganz zentrale Rolle bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben spielt.



ZUM HEULEN: Hartmut Vorjohann Bürgermeister für Bildung und Jugend

Hartmut Vorjohann ist Bürgermeister für Bildung und Jugend. Bis zuletzt hatte die Fraktion DIE LINKE ihre Kritik an Vorjohann deutlich gemacht, der in den letzten Jahren dadurch aufgefallen war, dass er Kinderzahlen künstlich runterrechnete, um bei Kitas zu sparen, der nur allzu gern die Axt bei

den Mitteln der Jugendhilfe anlegte. Woba-Privatisierer, Grundstücksverkäufer, CDU-Parteisoldat. Es war knapp, aber Grüne und SPD verließ im Vorfeld der Mut. Priorität bei Schulen, Kitas und freier Jugendarbeit – das setzen wir durch – gern mit, im Zweifel auch gegen Hartmut Vorjohann.



Krankenhäuser stärken

Fusion der städtischen Krankenhäuser. Für uns wichtig: Stärkung der Kliniken in öffentlicher Hand, weder zu Lasten des Personals noch der Patienten, Erhalt aller Standorte. **Jens Matthis:** „Die Aufgabe des neuen „Städtischen Klinikum Dresden“ ist nach wie vor die sozialmedizinische Versorgung der DresdnerInnen und nichts anderes.“ Vorlage einstimmig angenommen.

Impressum
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Thomas Feske, Tilo Wirtz, Jens Matthis, Caren Lay, André Schollbach, Jacqueline Muth
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog